

AZ - FL-9494 Schaan

Donnerstag
21. Dez. 1978

Erscheint Montag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag
und Freitag/Samstag als
Wochenendausgabe

Jeden Donnerstag
in allen
Haushaltungen

Liechtensteiner Volkssblatt



Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

Mit den amtlichen Publikationen

111. Jahrgang - Nr. 243

Gut essen
und ruhig schlafen



MOTEL
IN
LIECHTENSTEIN

9495 Triesen • 075/2 26 66

Leitung:
I. Kindle / K. Schatzmann

Presse- Gespräch

Radio- und TV- Gebühren

Einen breiten Raum des am Dienstag stattgefundenen, letzten Pressegesprächs der Regierung in diesem Jahr, nahm die Frage der Festsetzung der Radio- und TV-Gebühren ein. Während Ressortchef Dr. Walter Kieber seinen früheren Vorschlag auf Einhebung der gleichen Gebühren wie in der Schweiz zu Gunsten einer massvolleren Lösung revidieren will (Kieber: «Man muss doch das Recht haben seine Meinung zu ändern»), will sich der Regierungschef an die früheren Anträge des Ressorts halten. Was die Höhe der künftigen Gebühren angeht, so ist Liechtenstein völlig frei. Wir weisen auf die weiteren Beiträge zum Thema Radio- und TV-Gebühren in dieser Ausgabe.

Ueberfremdung

Was die vor mehreren Wochen angekündigte Arbeitsgruppe betrifft, welche sich für die Regierung mit dem Ueberfremdungsproblem befassen soll, so ist sie nach den Worten von Regierungschef «mit voller Kraft bestellt». Eine Arbeitssitzung fand allerdings noch nicht statt. Mit ersten Resultaten der anzuwendenden Untersuchung ist nicht vor kommenden Frühjahr zu rechnen.

Neuer Dienstwagen

Nachdem der ursprüngliche Dienstwagen der Regierung vor kurzem seinen Geist aufgegeben hat und sich der Regierungschef mit einem eilig beschafften Mietwagen zur protokollarischen Feier aus Anlass der Aufnahme Liechtensteins in den Europarat nach Strassburg begeben musste, beschloss die Regierung nun einen neuen Dienstwagen (Mercedes 230) anzuschaffen.

Asylrecht: Andere Lösungen

Was die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge angeht, welche sich derzeit im Zusammenhang mit dem Exodus vieler Vietnamesen aus ihrer ehemaligen Heimat stellt, will die Regierung eine eher zurückhaltende Politik betreiben. Regierungschef Brunhart fürchtet, dass bei uns die personellen u. räumlichen Voraussetzungen fehlen, um Vietnam-Flüchtlinge zu integrieren. Es wird indessen geprüft, ob Liechtenstein nicht in anderer Form (etwa durch finanzielle Beiträge) helfen kann. Die ersten Flüchtlinge aus Vietnam sind gestern vormittag in Buchs eingetroffen, von wo aus sie nach Altstätten weitergeleitet wurden.

Steuergesetz:

Unbrauchbare Regierungsvorlage

Kurzbericht aus der öffentlichen Landtagsitzung von gestern Mittwoch

Gegen die Stimmen der FBP-Fraktion setzte die VU zu Beginn der gestrigen Nachmittagssitzung des Landtages die erste Lesung eines mangelhaften Gesetzesentwurfes durch, der mittels Sofortmassnahmen angeblich Steuererleichterungen für die unteren Einkommensschichten bringen sollte. In Tat und Wahrheit begünstigt die Vorlage aber nicht die unteren, sondern die oberen Einkommen. Während die FBP-Fraktion angesichts der grundlegenden Mängel des Entwurfes selbst die Benennung einer Landtagskommission als nicht sinnvoll erachtete und Rückweisungsantrag an die Regierung stellte, können die aufgezeigten Mängel nach Ansicht der VU bis zur zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes (im nächsten Frühjahr) auch von der Regierung ausgemerzt werden.

Dieser Entscheidung war eine ausführliche Debatte vorausgegangen, in deren Verlauf sich vor allem Abgeordnete aus der FBP-Fraktion kritisch zu den vorgeschlagenen Abänderungen des Steuergesetzes äusserten. In einem fundierten Votum konnte vor allem Landtagsvizepräsident Dr. Gerard Batliner (FBP) nachweisen, dass die Abänderungsvorschläge der Regierung gerade das Gegenteil von dem bewirken, was im Postulat gefordert wurde. Statt die Bezüger von kleinen Einkommen, begünstigt die Vorlage in ihrer ursprünglichen Form vor allem mittlere und höhere Einkommen. Vor der Familien-

feindlichkeit des Regierungsentwurfes warnten vor allem die Abgeordneten Noldi Frommelt (FBP), Armin Meier (FBP) und Josef Biedermann (FBP), dessen Ausführungen wir auf Seite 2 der heutigen Ausgabe veröffentlichten.

Trotz der von FBP-Fraktionsmitgliedern aufgezeigten Mängel der

Vorlage, plädierten Georg Gstöhl, Dr. Franz Beck, Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter und Alfons Schädler (alle VU) für Eintreten, wobei sowohl Dr. Franz Beck wie auch Alfons Schädler schon in der Vormittagssitzung (nach den Ausführungen von Landtagsvizepräsident Dr. Batliner) die Einsetzung

einer Landtagskommission zur Beseitigung der Mängel im Gesetze ins Auge fassten.

Kindergeld wird erhöht

Erwartungsgemäss hiess der Landtag die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Franken pro Kind und Monat ab 1. Januar 1979 einstimmig gut. Die Erhöhung ist möglich, nachdem die Familienausgleichskasse schon seit längerer Zeit mehr Geld einnimmt, als sie (im Umlageverfahren) wieder an die Familien in Form von Kindergeldern und Familienzulagen wieder vergibt.

Für «massvolle» Aussenpolitik

Die Schaffung einer Stabsstelle für einen Ständigen Vertreter Liechtensteins beim Europarat, die vom Landtag gutgeheissen wurde, nahmen die Abgeordneten Dr. Wolfgang Feger (VU), Alfons Schädler (VU) und der Ersatzabgeordnete Franz Oehri zum Anlass, um die Regierung zu einer massvollen Aussenpolitik zu ermahnen.

Landwirtschaft: Ausmerzbeiträge

Staatliche Ausmerzbeiträge für Tiere der Rindviehgattung werden nun neu auch für Tiere bis zu einer Milchleistung von 4800 kg im Jahr (48 Punkte) ausgerichtet. Bisher lag die Grenze bei 44 Punkten (4400 kg). Die diesbezügliche Gesetzesvorlage passierte den Landtag ohne Gegenstimme.

Voranschlag für 1979

Die Diskussion zum Steuergesetz wurde in der Nachmittagssitzung fortgesetzt, in deren Verlauf auch der Finanzplan 1979-1983, der Landesvoranschlag für 1979 und das Finanzgesetz durchberaten wurden. Eine Erklärung von FBP-Fraktionssprecher Dr. Peter Marxer zum Steuergesetz veröffentlichten wir auf Seite 3 unserer heutigen Ausgabe.

PTT-Dienststelle, Subventionierung des Krankenhauses Vaduz

Ebenfalls auf der Tagesordnung für die Nachmittagssitzung standen der Regierungsantrag auf die Schaffung einer Dienststelle für das Post- und Fernmeldewesen, sowie der Subventionsantrag für die Einrichtung des Krankenhauses Vaduz.

Wir setzen unsere Landtags-Berichterstattung in der Wochenendausgabe fort.



Licht und Hoffnung

Ein Porträt des Malers Benjamin Steck

Licht und Hoffnung strahlt dieses Bild von der Geburt Christi aus, das der in Vaduz lebende Künstler Benjamin Steck geschaffen hat. Ein Porträt des Malers, der eher zurückgezogen und abseits des grossen Kunstbetriebes im Lande lebt, bringen wir auf Seite 5 der heutigen Ausgabe.



Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

Heute Donnerstagabend, 20.15 Uhr, findet im Gasthof «Freihof» in Mauren eine weitere Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Mauren-Schaanwald statt. Dabei werden in Zusammenarbeit mit der Ortsgruppenleitung der Vorsteherkandidat und die Kandidaten für den Gemeinderat bestimmt. Der ausgearbeitete Wahlvorschlag wird dann der Nominationsversammlung (voraussichtlich im Januar 1979) zur definitiven Beschlussfassung vorgelegt.

VON MOSKAU BIS ZUM WILDEN WESTEN
Gold-FOTOS
SIND DIE BESTEN!

Radio- und TV-Gebühren:

Entscheidung noch offen

Erneut falsche Berichterstattung des «Liechtensteiner Vaterland»

Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit musste das «Liechtensteiner Vaterland» am Dienstagabend (im Rahmen des Dezember-Pressegesprächs mit der Regierung) zugeben, dass es seine Leser falsch unterrichtet hatte. Denn entgegen der im VU-Organ immer wieder aufgestellten Behauptung, wonach wir in Liechtenstein zwangsläufig die gleichen Radio- und TV-Gebühren zahlen müssen, wie in der Schweiz, ist diese Frage vorderhand noch offen.

Jedenfalls war dies noch am Dienstagabend so. Denn offenbar herrschte in der Regierung keine Einigkeit über die Höhe der Gebühren. Während Ressortchef Dr. Walter Kieber auf seine seinerzeitigen Anträge zurückkommen und für eine «massvolle Festsetzung aus der Sicht des Gebührenzahlers» eintritt, will sich Regierungschef Brunhart «an die bisherigen Anträge aus dem Ressort» halten.

Keine Bindung durch den neuen PTT-Vertrag

Im Rahmen des Pressegesprächs wurde von Ressortchef Dr. Walter Kieber mündlich noch einmal betont, was er bereits in einer am Dienstag im «Vaterland» veröffentlichten, schriftlichen Stellungnahme gesagt hatte: es ist ganz einfach falsch, dass sich Liechtenstein im PTT-Vertrag verpflichtet hat, die gleich hohen Gebühren wie in der Schweiz zu kassieren. Der Vertrag bindet Liechtenstein nur insofern an die Schweiz, als bei der Abrechnung von allfälligen Dienstleistungen der PTT schweizerische Ansätze gelten. Was die Höhe der Gebühren angeht, so ist Liechtenstein völlig frei. Dr. Kieber: dies ist allein Sache unserer Regierung und natürlich eine Frage auch der Finanzpolitik. Der Finanzminister kann davon ausgehen, dass mit den Gebühreneinnahmen nur die künftigen Ausgaben (für die zu schaffende Dienststelle und für direkte

Dienstleistungen der PTT) gedeckt werden. Er kann natürlich mehr Gebühren verlangen, um damit Reserven zu schaffen oder die Gebühreneinnahmen in anderen Bereichen des Budgets einzusetzen.

Frage weiterhin offen?

Die Regierung wollte am Dienstagabend, nach dem Pressegespräch ein weiteres Mal in der Gebührenfrage zusammentreten um eine diesbezügliche Entscheidung zu fällen. Was dabei herausgekommen ist, musste sich spätestens im Laufe des gestrigen Mittwochs bei der Behandlung des Budgets 1979 im Landtag erweisen. Je nach Zeit, werden wir unsere Leserinnen und Leser in dieser Frage noch ins Bild setzen.

(Die Stellungnahme von Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber, die im «Vaterland» vom Dienstag dieser Woche veröffentlicht wurde, zitieren wir auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.)

Schenken Sie Freude...
durch exklusive Geschenke
mit Stil und Raffinesse
Parfümerie
L'endôme
Im Städtle 36 (neben der Post)
FL-9490 VADUZ 075/2 43 55